Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

144 (23.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 144 — **Donnerstag, den 23. Juni 1932** — **103. Jahrgang**

Abrüstungsvorschlag Hoovers

Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel

Genf, 22. Juni. Selten war der Andrang des Publikums und der internationalen Presse, die größtenteils aus Lausanne zu den Verhandlungen herbeigeeilt war, auf der **Abrüstungskonferenz** so stark wie in der überraschend einberufenen Sitzung des Hauptausschusses, an der die Außenminister Deutschlands, Englands und Italiens sowie der französische Kriegsminister teilnahmen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eröffnete die Sitzung und erteilte sogleich dem Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson, das Wort.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika begann seine Rede mit der von der Versammlung mit größtem Interesse aufgenommenen Mitteilung, **daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sei, dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eine Erklärung, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde, zu übermitteln.** Der Präsident der Vereinigten Staaten gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Veröffentlichung seines Vorschlages als ein Appell an die Völker aufgefaßt werde und zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen werde. Botschafter Gibson verlas sodann die

Botschaft Hoovers, die in dem Vorschlag gipfelt, die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen.

Hoover betont in seiner Botschaft, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, wo man kurzentschlossen an eine Herabsetzung der verheerenden Rüstungslast, die auf der Welt laste, herangehen müsse. Auf diese Weise würde der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen sei. Wenn man für die Dauer von zehn Jahren durch Rüstungsherabsetzung eine Verschwendung von wenigstens 10 Milliarden Dollars vermeide, so werde der Gedanke des Friedens gefestigt werden.

Die Botschaft Hoovers entwickelt dann im einzelnen einen **umfassenden Abrüstungsplan**, der von dem Grundgedanken ausgeht, daß der von allen Staaten unterzeichnete Kelloggpakt bedeute, daß die Staaten ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungszwecken zu gebrauchen gedenken. **Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen bildeten ein einheitliches Ganzes. Deshalb müßten auch die amerikanischen Vorschläge als ein Ganzes betrachtet werden.**

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan Hoovers die vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der beweglichen schweren Artillerie vor. Die Personalstärke soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, die er aus Gründen der inneren Sicherheit und um einen Angriff abwehren zu können, braucht. Als Grundlage für die Berechnung der Personalstärke jedes Staates soll die Heeresstärke genommen werden, die der Versailler Vertrag für Deutschland festgesetzt hat.

Auf dem Gebiete der Luftrüstungen wird die vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert.

Was die Seerüstung angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Panzerschiffe um ein Drittel, der Linienschiffe, sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der Unterseeboote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der Unterseeboote soll in keinem Staat 35 000 Tonnen überschreiten.

Die Botschaft Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerikanische Plan zu einer starken **Herabsetzung der Ausgaben für Neubauten und Erneuerung der Kriegsschiffe führen würde.** Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. **Es sei ein Wahnsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle.** Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung der Botschaft Hoovers gab Botschafter Gibson einige technische Erläuterungen zu dem Plan und betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, seinerseits große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen.

*

Die Aussprache über den Hoover-Vorschlag

Erklärung der Hauptmächte

Die Rede des amerikanischen Delegierten Gibson wurde von der Versammlung mit größtem Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden Debatte, an der zunächst die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs das Wort ergriffen zeigte sich jedoch, **daß die mutige Initiative des Präsidenten Hoover bei den Aufrüstungsmächten Europas sehr wenig beifällig aufgenommen worden ist. Der englische Außenminister Sir John Simon** begann seine Rede mit der charakteristischen Erklärung, daß nicht einseitige Erklärungen eine Lösung des schwierigen Abrüstungsproblems herbeiführen können, sondern daß es nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und mit dem Ziele eines für alle Staaten annehmbaren Uebereinkommens gelöst werden könne. Er wies auf die in Gang befindlichen privaten Besprechungen der Delegationen hin, die den Zweck hätten, zu praktischen Lösungen zu kommen. Nach dieser grundsätzlichen Einschränkung erklärte Simon, die englische Delegation begrüße den amerikanischen Vorschlag in allen seinen Einzelheiten. Großbritannien hoffe, daß der Plan alsbald von allen Seiten geprüft werde.

In einer Rede, die eine Ablehnung des Hooverschen Planes enthielt, erklärte der **französische Kriegsminister Paul-Boncour**, der Plan sei der Ausdruck der Ungeduld, mit der die amerikanischen Staatsmänner die Arbeiten der Abrüstungskonferenz verfolgten. Der Völkerbundspakt bringe die Herabsetzung der Rüstungen in Zusammenhang mit der Sicherheit. Die französische Delegation sei bereit, den Hoovervorschlag zu prüfen, müsse aber den **Vorbehalt machen**, daß die Organisierung des Friedens gleichzeitig erörtert werde. Boncour kritisierte zahlreiche Einzelheiten und **lehnte die schematische Herabsetzung um ein Drittel ab**, weil sie Ungerechtigkeit schaffe. **Frankreich habe weitgehend abgerüstet(!) Der Hooverplan könne nicht durchgeführt werden, ohne das die Fragen der Sanktionen geregelt würden.**

Der **russische Volkskommissar Litwinow** übte schärfste Kritik an den Arbeiten der Konferenz. Nach zehnjähriger Vorbereitung und im 5. Monat der Konferenz wisse man noch nicht, welche Staaten gewillt seien, abzurüsten. Die russische Delegation lehnt jede Verantwortung über den Mißerfolg der Konferenz ab und begrüßte den amerikanischen Vorschlag.

Der **deutsche Vertreter**, Botschafter Nadolny, erklärte, daß die Deutschen mit größtem Interesse und mit **größter Befriedigung den Hoovervorschlag zur Kenntnis nehmen.** Die Konferenz sei zu beglückwünschen, daß Präsident Hoover zu dieser Initiative gegriffen habe, denn man sei an einem Punkt angelangt, wo man befürchten müsse, daß es niemals zu den grundsätzlichen Entscheidungen, die die ganze Welt erwarte, kommen werde. Die amerikanischen Vorschläge, die von einer großen Weisheit Zeugnis ablegten, können der Konferenz neue Impulse geben und die Arbeiten erleichtern.

*

Deutschland und die Hooverinitiative

Genf, 22. Juni. Die Initiative des Präsidenten Hoover ist zu begrüßen, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten der Abrüstung unternommen wird und weil ferner wenigstens auf dem Gebiete der Heeresstärken, in einer Teilfrage, das deutsche Niveau des Versailler Vertrages als Ausgangspunkt für die Berechnung der für die innere Sicherheit notwendigen Effektivbestände genommen wird. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch die in der amerikanischen Erklärung vorgeschlagenen Lösungen noch weit von den deutschen Forderungen entfernt sind.

*

Italien stimmt den Vorschlägen Hoovers bedingungslos zu

T.U. **Genf**, 22. Juni. Der italienische Außenminister Grandi gab zu dem Hoover-Vorschlag eine Erklärung ab, nach der die italienische Regierung uneingeschränkt den amerikanischen Plan in allen seinen Teilen bedingungslos und vollständig annimmt.

Die italienische Regierung bekenne sich zu folgenden Grundsätzen für die Abrüstung: vollständige Abschaffung der schweren Geschütze und der Tanks, Herabsetzung der effektiven Truppenbestände nach den Methoden des Versailler Vertrages, vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge, Verbot des Abwurfs von Bomben, Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges. Auch den Flottenvorschlägen stimme die italienische Regierung zu. Vor einem Jahre habe der Präsident Hoover durch seinen Moratoriumsvorschlag den Weg für eine praktische Lösung des Kriegsschuldenproblems gewiesen, heute zeige er den Weg für eine praktische Lösung des Abrüstungsproblems. Wenn man die Welt wieder herstellen wolle, so müsse man sich jetzt entscheiden.

Grandis Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, während die Erklärungen Simons und Paul Boncours kühle Aufnahme fanden. Die klaren und mutigen Ausführungen des italienischen Außenministers haben in allen Konferenzkreisen starken Eindruck gemacht.

*

Amerika von Hoovers Vorschlag überrascht

T.U. **Washington**, 22. Juni. Hoovers Vorschläge zur Abrüstung waren für die amerikanischen Regierungskreise eine völlige Ueberraschung. Im Senat lösten sie teils Anerkennung, teils Kritik aus. Der demokratische Senator Mc Kellar warf Hoover vor, daß er auf die Streichung der Kriegsschulden hinarbeite. Der bekannte Senator Borah dagegen betonte nachdrücklich sein Einverständnis mit den Vorschlägen und erklärte, die Weltabrüstung sei eine schreiende Notwendigkeit, und ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz würde eine Weltkatastrophe sein. Er hoffe aufrichtig, daß Hoovers Vorschläge die Teilnehmer an der Abrüstungskonferenz von diesen Wahrheiten überzeugten. Auch der republikanische Senator Reed erklärte seine Zustimmung zu den Hoover'schen Vorschlägen.

*

Keine große Aussprache über den Hoover-Vorschlag

T.U. **Genf**, 22. Juni. Die Verhandlungen des Hauptausschusses der Abrüstung-konferenz sind nach den Erklärungen der Großmächte zu dem neuen Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wiederum auf unbefristete Zeit verschoben worden. Es besteht somit unleugbar die Gefahr, daß die große Initiative der amerikanischen Regierung wiederum ohne praktischen Erfolg bleibt. Es muß gerade im deutschen Interesse aufs lebhafteste bedauert werden, daß die Leitung der Abrüstungskonferenz eine sofortige Erörterung des Hoover'schen Vorschlages abgelehnt hat und auf dem bisherigen erfolglosen Wege rein privater Besprechungen weiter fortfahren will.

*

Das Echo des Hoover-Vorschlages in der Berliner Presse

T.U. **Berlin**, 23. Juni. Die Berliner Blätter sehen zwar allgemein in dem Vorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover eine Möglichkeit, der Genfer Abrüstungskonferenz einen neuen Auftrieb zu geben, weisen aber gleichzeitig darauf hin, daß der Plan den deutschen im Versailler Vertrag begründeten Forderungen nicht gerecht wird. Die „Börsenzeitung" vermißt in dem amerikanischen Vorschlag die Berücksichtigung der Tatsache, daß Deutschland, das 14 Jahre lang ungeheuerliche, ihm zu Unrecht auferlegte Opfer getragen hat, endlich wenigstens in Bezug auf die Landesverteidigung als gleichberechtigt anerkannt wird. Die „Vossische Zeitung" hebt hervor, daß die Erwartungen, die das deutsche Volk an den Hoover-Vorschlag knüpfe, erst voll erfüllt werden könnten, wenn es gelinge, im Laufe der kommenden Beratungen dem Grundsatz der Gleichberechtigung soweit Geltung zu verschaffen, daß in Deutschland nicht der Eindruck entstehe, auch die Amerikaner seien für die Verewigung von zweierlei Recht auf dem Gebiet der Landesverteidigung. Die „D.A.Z." sagt, der Vorschlag sei der stärkste Beitrag für Friede und Wohlstand der Welt, der seit dem Kriege geleistet worden sei. Hoffentlich gelinge es diesmal besser als bei dem Hoover-Moratorium im vorigen Jahre, die französischen Widerstände zu überwinden. Die „Germania" schreibt, Amerika habe sich mit diesen Vorschlägen im weiten Umfang abrüstungspolitisch festgelegt. Es wäre abwegig, diesen Vorstoß des Weißen Hauses lediglich mit Wahlrücksichten erklären zu wollen. Vom deutschen Standpunkt aus müsse die Initiative Hoovers auf das wärmste begrüßt werden. Der „Vorwärts" meint, Hoover habe durch seinen Genfer Vorstoß einen deutlichen Wink an die in Lausanne versammelten Staatsmänner geben wollen. Insofern könne der Vorschlag trotz seiner ersten etwas kühlen Aufnahme schließlich doch den weiteren Verlauf der Genfer Konferenz im Sinne eines greifbaren Ergebnisses entscheidend beeinflussen.

*

Eine deutsche Denkschrift

Die deutsche Vertretung in Lausanne hat dem Präsidenten der Tributkonferenz Macdonald, eine schriftliche Aufzeichnung über die Stellung Deutschlands zur Entschädigungsfrage überreicht. Wie berichtet wird, enthält die Denkschrift sieben Hauptgründe für die deutsche Forderung nach sofortiger und vollständiger Streichung der Entschädigungen und zur Ablehnung der französischen Idee einer Restzahlung, die kurz zusammengefaßt besagen:

1. Die gewaltige deutsche Arbeitslosigkeit.

2. Die Senkung der öffentlichen Ausgaben in Deutschland, von denen etwa ein Drittel auf soziale Lasten entfallen, ist rücksichtslos durchgeführt worden, zum Teil bis auf „Elendssätze".

3. Auch die ausländischen Sachverständigen haben die Tatsache der unnatürlichen Ueberdrehung der deutschen Steuerschraube anerkannt.

4. Zu hoher Zinsfuß und Aufzehrung der Kapitalreserven.

5. Die deutsche private Auslandsverschuldung, die zum großen Teil auf die Entschädigungen zurückgeht.

6. Die Reichsbahngesellschaft besitzt gleichfalls keine Reserven mehr. Die Einnahmen sind gegen 1929 um mindestens 50 Prozent zurückgegangen. Ebenso unmöglich wie die Ausgabe von Eisenbahn-Schuldverschreibungen ist die Hergabe der Reichsbahn.

7. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde durch Restforderungen auf Jahre hinaus weiter schwer geschädigt werden.

*

Die deutsche Niederschrift über die Reparationen Macdonald überreicht

Lausanne, 22. Juni. Der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath stattete dem englischen Premierminister Macdonald einen Besuch ab, um ihm die schon gemeldete Niederschrift zu überreichen. In diesem Memorandum wird der deutsche Standpunkt noch einmal zusammengefaßt und die produktiven deutschen Gedanken eines weltwirtschaftlichen Aufbaues und einer Erneuerung auf wirtschaftlichem Gebiete, sowie der Verhütung einer Gegeneinanderarbeit der Staaten untereinander noch einmal dargelegt.

*

Der Reparationsplan Frankreichs

Paris, 22. Juni. Wie Havas aus Lausanne berichtet, beabsichtigt die französische Delegation ein **Memorandum** vorzulegen, den **französischen Plan zur Lösung der Reparationsfrage** umfaßt. Der Plan sieht zwei verschiedene Phasen vor. Zuerst, und zwar vielleicht **während eines oder zweier Jahre würde Deutschland keine Barzahlung zu leisten haben.** Es könnte jedoch die Stillhalteverträge weiter abwickeln und den Stillstand öffentlicher Arbeiten wie auch die Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit vermeiden. Auf diese Weise würde das von England geforderte Experiment der Anullierung versucht, und gleichzeitig würden die Folgen der Einstellung der Zahlungstransferierungen auf die Wirtschaftskrise nachgeprüft werden. Während dieses kurzen Zeitraums würden die Vereinigten Staaten natürlich aufgefordert werden, entsprechende Opfer gegenüber ihren europäischen Schuldnern zu bewilligen.

Nach dieser Periode der **Rückkehr zum normalen Wirtschaftsleben** würde Frankreich nicht die **strenge Durchführung des Youngplanes** verlangen. Der französische Vorschlag schließe zwar die Achtung der geleisteten Unterschriften in sich, aber er werde sich auch der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands und Europas anpassen. Nichtsdestoweniger werde Deutschland alsdann in der Lage sein, gewisse Barzahlungen zu leisten. Es werde sich darum handeln, deren Höhe zu bestimmen und deren Modalitäten festzulegen, und zwar entweder **Beteiligung an den Industrien oder an den Eisenbahnen.** Die auf diese Weise eingehenden Summen würden zu zwei Drittel an die Vereinigten Staaten zwecks Bezahlung der Kriegsschulden abgeführt werden, während der Rest unter die europäischen Reparationsgläubiger nach dem Verteilungsschlüssel von Spa verteilt werden würde.

Der französische Plan wird von der gesamten französischen Morgenpresse entwickelt. Während nach den meisten Berichten die erste Periode, also das **absolute Zahlungsmoratorium** sich auf ein oder zwei Jahre erstrecken soll, spricht der „Matin" von zwei oder drei Jahren. Im übrigen aber **verteidigen sämtliche Blätter, einschließlich der linksstehenden, diesen französischen Plan.** Sie müssen aber zugeben, daß durch die Stellungnahme Amerikas in der Abrüstungsfrage die Situation Frankreichs heikel geworden ist.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris" schreibt aus Lausanne: Gibson habe bei der Unterredung in Morges die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung einer **Erklärung des Präsidenten Hoover** über die Abrüstungs- und Schuldenfrage angekündigt. Hoover würde zum Ausdruck bringen, daß die amerikanische Regierung in Zukunft keine Herabsetzung ihrer Gläubigeransprüche bei Europa ins Auge fassen könne, wenn sich die Staaten Europas nicht dahin verständigten, ihre Rüstungen beträchtlich herabzusetzen.

Der radikale Abgeordnete Jean Piot, der als Sonderberichterstatter des „Oeuvre" in Lausanne weilt, erklärt ebenfalls, **Gibson habe den Vertretern Frankreichs ein richtiges Ultimatum unterbreitet:** Frankreich solle hinsichtlich der Reparationen nachgeben, und dann würde es von den Amerikanern günstige Bedingungen bezüglich der Regelung der Schulden erhalten.

*

In Lausanne am Mittwoch nur wirtschaftliche Besprechungen

T.U. **Lausanne,** 22. Juni. Die deutsche Abordnung hat am Mittwoch nachmittag offizielle Besprechungen mit Vertretern anderer Abordnungen über die Tributfrage nicht geführt. Dagegen ist in unverbindlicher Form über die wirtschaftlichen Fragen Fühlung genommen worden.

Zu der politischen Frage, ob in Lausanne ein sogenannter „Pacte consultativ" abgeschlossen werden solle, wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß Verhandlungen darüber nicht geführt würden, und auch nicht beabsichtigt seien. Die deutsche Delegation habe nicht die Absicht, Abmachungen dieser Art zu treffen. Die deutsche Delegation habe auch kein Interesse daran, daß in Lausanne eine Kundgbeung der Regierungen in dem Sinne erfolge, daß man künftig vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete praktisch zusammenarbeiten wolle. Diese Kundgebung brauche nicht die Form einer Entschließung anzunehmen. Es genüge durchaus, wenn in dem ganzen Charakter der Schlußformulierungen für die Lausanner Konferenz zum Ausdruck komme, daß man die Absicht habe, gemeinsam den wirtschaftlichen Wiederaufbau vor allem in der Währungsfrage, dem Devisenproblem und dem Zinsenproblem zu betreiben.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 23. Juni.

Bad. Landestheater: „Hoffmanns Erzählungen" 20—22½ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Eine Nacht im Grand Hotel" und Bühnenschau, 7 und 9 Uhr.

Ergebnis der Länderkonferenz

Der Reichsinnenminister verlangt Anpassung an die Reichspolitik

Berlin, 22. Juni. Im Reichsinnenministerium trat Mittwoch vormittag die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni ds. Js. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gayl zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

*

Der Verlauf der Aussprache

Berlin, 22. Juni. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die „kürzeste Frist", in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zugesagt haben, sich auf etwa 2 bis 3 Tage belaufen wird. Die **Entscheidung** in der ganzen Angelegenheit wird damit **für Ende der Woche** zu erwarten sein. Die Vertreter der Länder sind über den Standpunkt der Reichsregierung unterrichtet worden; es kommt nun darauf an, wie sich die Länderregierungen dazu einstellen und zwar handelt es sich naturgemäß in erster Linie um Bayern und Baden. Für die Entscheidung der beiden Länder, auf die es im wesentlichen ankommt, sind zwei Möglichkeiten gegeben, nämlich einmal die Aufhebung oder wenigstens kürzere Befristung des Uniformverbotes, zum anderen die Mitteilung an die Reichsregierung, daß die besonderen Verhältnisse in Süddeutschland eine Aenderung des bisherigen Standpunktes leider nicht ermöglichen. Nach der Stimmung bei den beiden Ländern betrachtet man in politischen Kreisen diese letzte Antwort als die wahrscheinliche, sodaß dann also, voraussichtlich bereits am Samstag die Notverordnung des Reichspräsidenten erscheinen würde, durch die die ganze Frage von Reichswegen geregelt wird. Vielleicht würden die beiden süddeutschen Länder darauf mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes antworten.

Eine solche Einstellung würde nach Auffassung politischer Kreise keineswegs eine weitere Verschärfung bedeuten, vielmehr würde die ganze Konfliktangelegenheit damit nur auf den ordentlichen und nicht ungewöhnlichen Weg der juristischen Austragung gebracht werden. In unterrichteten Kreisen vermeidet man es zwar, von einer „Entspannung" zu sprechen, man hat aber doch den Eindruck, daß die heutige Aussprache unter gar keinen Umständen eine weitere Zuspitzung herbeigeführt hat.

Reichshaushaltsplan und Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Juni. Von zuständiger Stelle erhalten wir einige Mitteilungen darüber, in welch starkem Umfange **Mittel für die Arbeitsbeschaffung** im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1932 eingesetzt sind. So sind in dem Etat vorgesehen für **landwirtschaftliche Siedlung 50 Millionen, für freiwilligen Arbeitsdienst 40 Millionen** und für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten rund 50 Millionen. Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 sieht ferner für **Straßenbau 60 Millionen,** für den **Ausbau von Wasserstraßen 50 Millionen,** für **Meliorationen 25 Millionen** vor. Weiter ist von der Reichsregierung eine Bürgschaft übernommen worden, durch **die 100 Millionen für Hausreparaturen** und Teilung von Großwohnungen verfügbar sind. In das kommende Etatjahr fallen ferner Zahlungen für den ersten Bauabschnitt der **vorstädtischen Kleinsiedlung,** der insgesamt 48 Millionen erfordert. Für den zweiten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung ist ein Betrag von etwa 25 Millionen Mark in Aussicht genommen.

Die Hauptpunkte des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen erst beschlossen werden, wenn der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister, die für diese Frage zuständig sind, aus Lausanne zurückgekehrt sind.

Politische Zusammenstöße

Politische Zusammenstöße in Berlin

Berlin, 22. Juni. Allenthalben kam es hier nachts zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der radikalen Parteien und der Polizei. Im Südwesten der Stadt **wurde ein 23jähriger Nationalsozialist,** anscheinend aus einem kommunistischen Verkehrslokal, so schwer **angeschossen,** daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus **starb.**

Schwere Zusammenstöße an der Frankfurter Universität

Die Vorlesungen abgebrochen

Frankfurt a. M., 22. Juni. Trotz des vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens versammelte sich vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform und sang das Horst Wessellied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine Ansprache. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. Zwei Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Vorlesungen wurden abgebrochen und das Universitätsgebäude vorläufig geschlossen.

Saalschlacht in Andernach

Andernach, 22. Juni. In einer öffentlichen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, an der über 1000 Personen teilnahmen, kam es zu einer regelrechten Saalschlacht. Der frühere Antifaschisten-Führer Rathmann sprach über die deutschen Verhältnisse. Er wurde durch Zurufe unterbrochen, in denen er als Lump und Verräter bezeichnet wurde. Die SA-Leute versuchten nun, die Zwischenrufer gewaltsam aus dem Saal zu entfernen. Dabei kam es zu einer heftigen Schlägerei. Eine Anzahl Personen wurde schwer verletzt.

Politischer Mord in Essen?

Essen, 22. Juni. Der 19 Jahre alte Heinrich Mertens wurde in Essen-West am Dienstag abend von unbekannten Tätern durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Bereits auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb er. Da er ein Mitgliedsbuch des Kampfbundes gegen den Faschismus bei sich trug, glaubt man, daß man es mit einem politischen Verbrechen zu tun hat.

Erneute Unruhen in Kiel

Kiel, 22. Juni. Zwischen Angehörigen der NSDAP., des Reichsbanners und Kommunisten, kam es überall zu Schlägereien, bei denen mehrere Personen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt wurden. Die Polizei nahm 10 Verhaftungen vor.

Politische Zusammenstöße in Varel

Varel (Oldenburg), 22. Juni. Der Magistrat hatte beschlossen, aus Anlaß der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg für 14 Tage auf dem Rathaus die Hakenkreuzflagge zu hissen. Lange vor Beginn der Flaggenhissung hatten sich vor dem Rathaus mehrere hundert Kommunisten und Sozialdemokraten eingefunden. Als etwa 50 SA.-Leute vor dem Rathause aufmarschierten, wurden sie an der Aufstellung gehindert und belästigt. Die Polizei wurde von der Menge tätlich angegriffen, worauf sie mit dem Gummiknüppel die Straße räumte. Einige SA.-Leute wurden mit Flaschen beworfen und erheblich verletzt. Im Laufe des Abends kam es an verschiedenen Stellen der Stadt noch zu Ueberfällen auf SA.-Leute, wobei etwa 10 SA.-Leute verletzt wurden, darunter vier erheblich.

Eine Tonfilmansprache des Reichskanzlers

Lausanne, 22. Juni. Im Garten des Hotels der deutschen Delegation wurden heute Tonfilmaufnahmen gemacht, bei denen der Reichskanzler u. a. sagte:

In dem harten Ringen um Deutschlands Schicksal, das zugleich das Schicksal der ganzen Welt ist, weiß sich die deutsche Delegation eins mit dem geschlossenen und festen Willen des gesamten deutschen Volkes. Die verantwortlichen Staatsmänner werden in Lausanne zu einem Ergebnis kommen müssen, das in klarer Erkenntnis gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller Staaten der Welt den Frieden zurückgibt. Nur ein Frieden kann Bestand haben, der das Interesse des einzelnen Volkes und das Gesamtwohl in Einklang bringt.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[40

Achselzuckend hatte der Bootsmann ein großes Motorboot freigemacht. George Frank zahlte, ohne mit der Wimper zu zucken, das hohe Pfand, das der Verleiher angesichts des Seegangs forderte.

Dann stieg er ein, wechselte einen Händedruck mit Mister Dumont, schoß davon. Bald war auch er den Blicken der Zurückbleibenden entschwunden.

Er raste dahin — die Gedanken stürmten in seinem Kopfe.

Er mußte die Frau finden, die er liebte. Die eine Verbrecherin sein sollte und die jetzt hinausgeflohen war, aufs Meer, vielleicht um zu sterben und nicht gefangen zu werden. Ellinor Grey durfte nicht tot sein. Sie sollte sich den Gerichten stellen. Es würde sich sicherlich herausstellen, daß sie unschuldig war.

Er würde an ihrer Seite bleiben, würde ihr helfen, würde sein ganzes Leben für sie einsetzen, so lange, bis sie frei war, wieder mit ihm gehen konnte. Wenn er sie nur finden würde, dann war alles gut!

Stundenlang irrte George Frank in seinem Motorboot auf dem Meere herum. Dann kam er zurück, allein und hoffnungslos. Seine Hände bluteten. Es war schwer gewesen, das Steuer zu führen bei den ungeheuren Wellenmassen, die auf das Schiff eingestürzt waren.

Ein gebrochener Mann kam zurück nach Cherbourg, der müde und einsam in seinem Hotelzimmer saß und nichts mehr wissen wollte von dem, was draußen vor sich ging.

Elftes Kapitel.

Die zugezogenen Vorhänge gaben eine schmale Oeffnung frei. Ein Strahl der warmen Mittagssonne hatte sich einen Weg gebahnt durch den kleinen Spalt, spielte über das weiße Eisenbett des Krankenzimmers. Huschte an den hellgestrichenen Wänden entlang.

Leise erhob sich die Krankenschwester und zog die Vorhänge dichter zu; die Kranke sollte durch den Sonnenstrahl nicht gestört werden. Dann trat sie an das Bett, schaute prüfend auf die Frau herab, die blaß und zart in den Kissen lag. In diesem Augenblick öffnete sich die Zimmertür; der Arzt trat herein, gefolgt von einem fremden Herrn.

„Nun, Schwester?"

„Ganz unverändert, Herr Doktor. Seit gestern abend dauert der tiefe Schlaf an, ununterbrochen; sie liegt fast ohne Bewegung."

„Sie hören es, Herr Kommissar. Vorläufig ist gar nichts zu machen. Wir müssen froh sein, solange sie schläft; der Schlaf wird ihr Genesung bringen.

Also, Schwester, größtmögliche Ruhe, auch dann noch, wenn die Patientin erwachen sollte. Sie darf nicht reden, muß sich so still verhalten wie möglich.

Geben Sie ihr, wenn sie erwacht, ein wenig Fleischbrühe zu trinken, dann soll sie womöglich gleich wieder weiterschlafen.

Nur so können wir sie hochkriegen. Die Krise ist wohl überwunden; trotzdem ist die Patientin noch keineswegs über den Berg. Darf ich bitten, Herr Kommissar!?"

Der Arzt hatte ganz leise gesprochen; fast unhörbar verließ er jetzt mit seinem Begleiter den Raum.

Draußen auf dem Korridor ging ein Polizist auf und ab. Der Arzt warf einen finsteren Blick auf den Beamten, als er an ihm vorüberschritt. Dann wandte er sich an den Kommissar:

„Wie ich Ihnen schon sagte, Herr Kommissar; vorläufig muß die Kranke erst einmal gesund werden. Auf keinen Fall gebe ich zu, daß sofort ein Verhör stattfindet, wenn sie wieder bei Sinnen ist. Die Nerven der Kranken scheinen vollkommen ruiniert zu sein.

Sie haben mein Wort, und ich verbürge mich dafür, daß Ellinor Grey keinen Fluchtversuch unternimmt. Lieber Himmel, sie hätte weiß Gott keine Kraft dazu. Es wird noch lange dauern, ehe ihr Körper all den Anforderungen gewachsen ist, die später auf sie einstürmen werden.

Und dann, Herr Kommissar, noch eine Bitte. Können Sie nicht diesen Polizisten entfernen, der da vor dem Krankenzimmer auf und ab geht. Unser Krankenhaus ist doch kein Gefängnis."

„Es geht nicht, Herr Doktor, so leid es mir tut. Dringender Befehl von oben. Ihr Mitgefühl in Ehren; aber Sie dürfen nicht vergessen, daß es sich um Ellinor Grey handelt, die Mörderin der Lady Wilson."

„Sind Sie so fest von der Schuld dieser Frau überzeugt, Herr Kommissar?" fragte der Arzt, und seine Stimme hatte einen eigenartigen Klang.

Der Kommissar stutzte einen Augenblick, wollte dann auffahren. Der Arzt schnitt mit einer kurzen Bewegung die Antwort des anderen ab:

„Nun, es hat ja keinen Sinn, daß wir diskutieren. Die Untersuchung wird wohl alles ergeben."

„Zweifeln Sie an der Schuld der Kranken?" fragte jetzt der Kommissar.

„Jawohl, Herr Kommissar, ich zweifle daran! Ich habe tagelang am Bett der Schwerkranken gesessen, hörte die Fieberreden mit an und sah, daß sich ein bedauernswertes, verzweifeltes Menschenkind mit irgend etwas herumquälte, daß es sich den Kopf damit zermartete. Hätten Sie es selbst mit angehört, Herr Kommissar, hätten Sie gesehen, wie sich die Fieberkranke immer wieder mit beiden Händen an mich klammerte, wie sie immer und immer wieder dasselbe wimmerte: ich bin unschuldig — ich habe es nicht getan ..."

„Und deshalb sind Sie von ihrer Unschuld überzeugt, Herr Doktor?"

Ein lauernder Blick traf den Arzt.

Schroff antwortete dieser:

„Es hat keinen Zweck, Herr Kommissar, daß wir weiter über diese Sache sprechen. Sie müssen das tun, was Ihres Amtes ist; ich muß meine Pflicht erfüllen. Das Weitere müssen wir dann dem Gericht überlassen."

(Fortsetzung folgt.)